



## Biden in Europa: Drei Gipfeltreffen

Von Ulrike Simon | 25.6.2021

**Die USA wollen sich geostrategisch neu ausrichten: weg von Russland, hin zu China. Dem Projekt Seidenstraße will Biden ein eigenes Infrastrukturprojekt entgegenstellen. Doch die B3W-Initiative dürfte den G7-Ländern mehr nutzen als den Entwicklungsländern.**

Freitag - Sonntag – Sonne – G7 (St. Ives); Montag – Sonne – NATO (Brüssel);  
Mittwoch – Sonne – Putin (Genf). Die Sonnenbrille sitzt.

Eine höfliche Begegnung mit Putin mit einigen erfreulichen Ergebnissen.  
Wiederaufnahme des strategischen Dialoges; die gemeinsame Erklärung lässt  
hoffen, dass konkrete Schritte folgen:

„Heute bekräftigen wir den Grundsatz, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf.“

## Feinde im Osten

Wieso diese Änderung im Ton, wieso die Bitte Bidens um ein Gipfeltreffen mit dem Mann, den er kurz zuvor noch einen Killer nannte?

Die auf Anti-Russland Rhetorik eingestellte Presse und die Anti-Russland Falken in seiner Administration und der politischen Klasse der USA waren nicht glücklich: *"Why are you so confident that he'll change his behavior Mr President?"*

Zwei Gründe werden diskutiert:

*Erstens*: Die Realisten in Bidens Administration haben erkannt, dass Russlands neue strategische Waffensysteme einen Erstschlag auf die USA ermöglichen können. Ein neues strategisches Rüstungsabkommen ist die einzige Möglichkeit, diese existenzielle Bedrohung abzuwenden. Das jüngste russische Truppenmanöver, bei dem in kürzester Zeit 100.000 Mann an den russischen Westgrenzen aufgestellt wurden, etwas was der NATO in dieser Größenordnung kaum gelingen kann, tat ein Übriges.

*Zweitens*: Die USA wollen sich auf die Eindämmung von Chinas Einfluss konzentrieren. Sie haben erkannt, dass sie es nicht gleichzeitig mit China und Russland aufnehmen können. Russland muss also von der China-Allianz abgespalten und zurück nach Europa geholt werden. Und Europa soll auch militärisch in die Konfrontation mit China mit eingebunden werden.

Eine entsprechende geopolitisch orientierte strategische Neuausrichtung der NATO wird angestrebt. Staaten mit einer „gemeinsamen demokratischen Identität“ stünden wie im Kalten Krieg wieder vor einer „systemischen Herausforderung“, in der „selbstbewusste autoritäre Staaten mit einer revisionistischen außenpolitischen Agenda versuchten, ihre Macht und ihren Einfluss auszuweiten“. Weiterhin sehen sich die NATO-Staaten mit der „anhaltenden Bedrohung durch den Terrorismus, der Instabilität an der südlichen Peripherie der NATO, einer sich dramatisch verändernden technologischen Landschaft, zahlreichen, schwerwiegenden nichtstaatlichen Bedrohungen sowie von Menschen verursachten und natürlichen Gefahren konfrontiert.“

Die Begeisterung der Europäer hielt sich in Grenzen. Angela Merkel sagte zum Beispiel, dass China sicherlich eine gewisse Bedrohung darstelle, man müsse

das aber alles im richtigen Verhältnis sehen. Und die Schlusskommunikés beider Gipfel fielen in Hinsicht auf die Verurteilung Chinas (Zwangsarbeit in den Lieferketten in Xinjiang) weit weniger scharf aus, als sich das die amerikanische Seite gewünscht hätte.

Dazu schreibt der preisgekrönte britische Autor [Anatol Lieven](#):

„Die Biden-Administration scheint jedoch noch viel weiter gehen zu wollen, um China effektiv von jeglicher wichtigen Mitsprache bei der Gestaltung der Regeln der internationalen Wirtschaft auszuschließen und chinesische Investitionen und die Entwicklung der Infrastruktur außerhalb Chinas stark einzuschränken. Diese Strategie ist zum Scheitern verurteilt und wird tiefe Gräben zwischen den Vereinigten Staaten, Europa und Japan verursachen.“

Auch die Bereitschaft der europäischen Staaten, ihre Verteidigungshaushalte merklich in Richtung zwei Prozent des Bruttosozialprodukts aufzustocken, hält sich in Grenzen. Die Hauptlast bleibt bei den USA. Der gesamte Verteidigungshaushalt der 30 NATO-Mitglieder wird bis 2021 um 4,1 Prozent wachsen und damit die Summe von 1,049 Billionen Dollar erreichen (726 Milliarden Dollar von den USA, 323 Milliarden Dollar von den Verbündeten).

Die EU und viele europäische Staaten hätten eine härtere Linie gegen Russland priorisiert, die Biden aber trotz aller scharfen Rhetorik in den Kommunikés nicht verfolgte. Die Gelehrten mögen sich streiten, ob die Aufgabe der Sanktionen gegen Nordstream 2 ein Zugeständnis an den Bündnispartner Deutschland oder an ‚Putin‘ war.

Dazu noch einmal Lieven:

„Insofern die Aufrechterhaltung prosperierender, stabiler liberaler Demokratien in Europa ein vitales US-Interesse ist, sollte Washington seine europäischen Verbündeten ermutigen, nach Westafrika zu schauen, wenn sie eine nützliche globale Rolle anstreben. Sie würden Washington zumindest teilweise von einer ernsten und wachsenden militärischen Last befreien. Im Gegensatz dazu ist es sowohl aus amerikanischer als auch aus europäischer Sicht ein fauler Kompromiss, europäische Alibi-Einsätze

gegen China im Austausch für echte, unnötige, provokative und gefährliche US-Einsätze gegen Russland zu fördern.“

## Wird Klaus Schwabs ‚großer Neustart‘ nun praktisch umgesetzt?

Die NATO profiliert sich als *bad cop*, der die globalen Herausforderungen als Sicherheitsproblem sieht, das eine militärische Antwort im weitesten Sinne (unter Einbeziehung von Cyber- und Informationskriegen) verlangt. Die G7 Staaten geben den *good cop*.

Der US-Präsident sagte, man müsse den Staaten der Welt eine demokratische Alternative zum Multi-Milliarden-Projekt der „Neuen Seidenstraße“ (BRI) bieten. Es reiche nicht aus, Druck auf diese Staaten auszuüben, um sie an einer Zusammenarbeit mit China zu hindern. In Anlehnung an sein innenpolitisches Projekt *build – back - better* (B3) schlug er den G7-Staaten die Initiative *build - back – better - world* (B3W) vor.

Dabei handele es sich um eine "wertegeleitete, qualitativ hochwertige und transparente Infrastrukturpartnerschaft" mit globaler Reichweite von Lateinamerika und der Karibik über Afrika bis zum indo-pazifischen Raum. „Privates Kapital [soll] in vier Schwerpunktbereichen [mobilisiert werden] – Klima, Gesundheit und Gesundheitssicherheit, digitale Technologie und Gleichstellung der Geschlechter – mit katalytischen Investitionen unserer jeweiligen Entwicklungsinstitutionen“.

Die pandemiebedingt noch vergrößerte Infrastruktur-Investitionslücke in den armen Ländern beträgt nach Expertenmeinung bis 2035 40 Billionen US-Dollar. Diese soll nun mithilfe von ‚katalytischen‘ öffentlichen Geldern in Höhe von ca. 100 Milliarden US-Dollar gefüllt werden.

Ein US-Beamter sagte, es solle „eine positive, alternative Vision“ geboten werden, für die sich Länder entscheiden könnten. B3W stehe so im „starken Kontrast zu der Art, wie einige andere Länder mit den Bemühungen um Infrastruktur umgehen“. Er warf Peking unter anderem einen „Mangel an Transparenz [und] schlechte Umwelt- und Arbeitsstandards“ vor.

## Wird sich B3W gegen BRI durchsetzen?

Zweifel sind angebracht.

*Erstens*, wie die G7 Länder die erforderliche Summe aufbringen werden, ist bisher ungeklärt. Im Zuge der Covid-Maßnahmen haben sich die Staaten in Rekordhöhe ‚verschuldet‘, was viele Ökonomen als bedrohlich ansehen, die vor der Inflationsgefahr warnen und eine Rückkehr zur Sparpolitik fordern. So hat Biden große Schwierigkeiten, innenpolitisch sein ehrgeiziges Infrastrukturprogramm durchzusetzen. Schon jetzt wurde der Plan von ursprünglichen 2,3 Billionen Dollar auf aktuell 1,7 Billionen Dollar zurückgefahren, was anscheinend immer noch nicht für die Unterstützung der Republikaner ausreicht.

*Zweitens*: Die Chinesen haben im eigenen Land und im Ausland ihre Kompetenz bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten unter Beweis gestellt. In den USA gibt es hingegen eine marode Infrastruktur, und noch kein Meter Hochgeschwindigkeitstrasse wurde gebaut. Wem werden die betroffenen Länder vertrauen?

*Drittens* steht zu erwarten, dass die öffentlichen Gelder über IWF und Weltbank zur anteiligen Kostendeckung der jeweiligen Projekte gewährt werden, geknüpft an die Bedingung, die Restfinanzierung über private Geldgeber abzuwickeln.

Gleichzeitig wird auch die Mittelvergabe an bestimmte Bedingungen geknüpft. Traditionell waren das Austeritätsforderungen, über die zum Beispiel die öffentlichen Gesundheitssysteme massiv heruntergefahren wurden, mit [verheerenden Folgen in Covid-Zeiten](#). Nun müssen es grüne oder frauenstärkende Projekte sein. Ob diese Schwerpunkte den drängendsten Sorgen der betroffenen Länder entsprechen, sei dahingestellt. Und es ist vielleicht etwas viel verlangt, dass diese die Rettung der Welt über ihre unmittelbaren Bedürfnisse stellen, wenn das den reichen Staaten selbst nicht gelingt. Vor die Wahl gestellt, werden sie die Option wählen, die keine ideologische Unterwerfung verlangt.

*Viertens* müssen die armen Länder befürchten, tiefer in die Schuldenfalle zu rutschen. Trotz vieler Sonntagsreden über Schuldenerlasse in Covid-Zeiten ist noch [sehr wenig passiert](#). Die privaten Geldgeber haben noch auf kein Geld verzichtet, sodass Schuldenerlasse von Weltbank und IWF den Effekt haben, dass die entsprechenden Länder ihre privaten Schulden besser bezahlen können, sie subventionierten also die Finanzindustrie.

[Daher nicht überraschend, zeigen Studien](#), dass die IWF-Politik in den betroffenen Ländern die Ungleichheit verstärkt hat. Mittelfristig fließt immer mehr

Geld in den Schuldendienst, für Investitionen in das Wohlergehen der Bevölkerung bleibt immer weniger übrig. Woher soll das Vertrauen kommen, dass dies bei B3W, in der, wie bisher, private Investitionen die wesentliche Rolle spielen, anders sein wird? Ohne strukturelle Änderungen sind die versprochenen *good things* nicht zu haben. Daran wird auch der vorgeschlagene Tausch von Schulden für alte Projekte gegen die Finanzierung grüner Projekte grundsätzlich nichts ändern.

*Fünftens:* Private Investitionen in Infrastrukturprojekte haben einen grundsätzlichen Haken. Solche Projekte amortisieren sich nur langfristig; nur wenige Geldgeber sind deswegen an deren Finanzierung interessiert. Gewinnerorientiert konzipierte Infrastrukturmaßnahmen verteuern zudem das Angebot für deren Nutzer, die es dann entweder gar nicht nutzen können, zumindest aber weniger Geld für andere Dinge ausgeben können. So verteuern sich die Kosten für Unternehmen, unter anderem die Lohnkosten, die nun eben auch Kosten für Bildung, Gesundheit und die Nutzung von Verkehrsmitteln abdecken müssen.

So stellt sich die berechtigte Frage, ob die B3W-Initiative am Ende den G7-Ländern mehr nutzt als denen, die eigentlich davon profitieren sollen.

Politisch basiert die chinesische BRI auf einer langfristigen Strategie; die verwirklichten Infrastrukturmaßnahmen sind nicht in erster Linie gewinnorientiert ausgelegt. Sie sollen vielmehr die Voraussetzung für darauf aufbauende Wirtschaftsaktivitäten schaffen. Die Studie [Debunking the Myth of Debt-Trap Diplomacy](#) zeichnet ein differenzierteres Bild. Der Erzählung von der chinesischen Schuldenfallen-Diplomatie fehle es jedoch nach Ansicht der Autoren eindeutig an Beweiskraft. Sie warnen davor, die chinesischen Investitionen in Drittländer als geostrategisches Nullsummenspiel zu betrachten.

Und [Matteo Giovannini](#), Finanzexperte bei der Industrie und Handelsbank von China in Peking und Mitglied der Arbeitsgruppe China im italienischen Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung schreibt:

„Die Welt braucht dringend die größten Anstrengungen aller Länder, um den Entwicklungsländern zu helfen, sich aus ihrer wirtschaftlichen Lage zu befreien. [...] Wenn es den G7-Ländern also gelingt, [...] B3W als ein Instrument zur Förderung des allgemeinen Wohlstands zu nutzen, statt als ein Instrument zur Infragestellung des derzeitigen Status quo und

möglicherweise zum Eigennutz, dann wird die gesamte internationale Gemeinschaft als klarer Gewinner hervorgehen.“